

Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfraktion
Eiland 10
42651 Solingen
T 0212 200740
www.gruene-solingen.de



Solingen, 7.09.2023

Frank Knoche
Fraktionssprecher

Nachdem der Bundesfinanzminister bereits ab 2023 500 Millionen Einsparungen bei den Jobcentern durchgesetzt hat, was für uns vor Ort 1,2 Mio. ausmachte, sollen jetzt weitere 900 Mio. eingespart werden, was vor Ort weitere 2 Millionen bedeutet.

Zusammen gesehen mit der Aufhebung der Isolierung der Krisenkosten für Corona und Kriegsgeflüchtete, was uns haushaltsmäßig in die Handlungsunfähigkeit führen wird, u.a. weil alle sogenannten freiwilligen Aufgaben davon betroffen sein werden, werden diese Kürzungen bei SGB II und III **zu einem kommunalen Kahlschlag führen den wir in diesem Ausmaß seit 1945 nicht erlebt haben.**

Dieser einfache **Haushaltstrick**, dem Wechsel vom steuerfinanzierten zum von Unternehmen und Arbeitnehmern beitragsfinanzierten Haushaltsfinanzierungsgesetz, ist so etwas wie Trick 17 mit Selbstüberlistung, auf Kosten der Kommunen.

Hiermit werden über jahrzehntelang gewachsene, erfolgreiche Strukturen und kommunale Netzwerke zerschlagen und der relative soziale Frieden in dieser Stadt aufs Spiel gesetzt.

Und das alles ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremisten, also auch eine Frage der Gefährdung der Demokratie.

Besonders fragwürdig wird dieser Haushaltstrick, wenn man hört, dass die Bundesagentur für die Einsparungen von 900 Mio. Euro bei den Jobcentren für den dadurch nötigen Umbau 1 Milliarde erhalten soll.

Betroffen und in ihrer Existenz gefährdet sind hier vor Ort vor allem Maßnahmen wie:

Clearingstelle, Sozialkaufhaus, die Judro, Ittertal, der Beromaladen, Schuldnerberatung, die U-25 Jugendagentur, Maßnahmen rund um die Pflege des Coppelparkes und des Südparks an den Güterhallen usw.

Wir GRÜNEN sind immer noch besonders stolz darauf, dass wir schon bei Einführung von HARTZ IV als einzige Fraktion ein kommunales Jobcenter wollten und dies 2012 gegen massive Widerstände auch des damaligen Sozialdezernenten durchgesetzt haben.

Ich habe ja damals mit Robert Krumbein und Jochen Welp in der Lenkungsgruppe der ARGE mit BA und Stadt gesessen und dieses bürokratische Monster miterleben dürfen.

Fast jeder innovative Vorschlag für sinnvolle Maßnahmen wurde damals von der BA bekämpft, weil dieser angeblich nur im Interesse der Stadt und nicht der BA sei.

Dafür wurden Maßnahmen an, mit Hilfe der BA aufgebaute Träger der Beschäftigungsförderung vergeben, die vor allem als Preisdrücker gegen die örtlichen Träger dienten.

Ein solcher Träger, den die BA bedienen wollte, wurde damals sogar erwischt, weil er zur Vortäuschung der geforderten Sanitäreinrichtungen nur Wasserhähne in die Wand geschlagen hatte, ohne dass sie mit Leitungen verbunden waren.

Jedenfalls gab es beim Jobcenter und bei der Stadt ein großes Aufatmen und viele Komplimente an uns GRÜNE, dass wir die kommunale Option durchgesetzt haben, die bis heute ein Erfolgsprojekt ist.

Dahinter wollen wir nicht zurück und hoffen auf eine einstimmige Unterstützung des Rates.